

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Kontoforen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Teleg.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 5

Altensteig, Freitag den 8. Januar 1932

55. Jahrgang

Kriegsminister Maginot †

Paris, 7. Januar. Kriegsminister Maginot ist heute früh um 2 Uhr (französischer Zeit) gestorben.

Der französische Kriegsminister Maginot ist der Typhus-Erkrankung, die seine Ueberführung in ein Krankenhaus vor kurzem notwendig machte, erlegen. Er erfreute sich in deutschen Ländern nicht gerade großer Beliebtheit. Maginot war ein Mann, auf den sich der französische Generalstab und die Rüstungsindustrie seines Landes verlassen konnten. Seine Reden, in denen er seiner Deutschfeindschaft deutlich genug Ausdruck gab, haben erheblich dazu beigetragen, die deutsch-französische Verständigung zu erschweren und die unfreundlichen Stimmungen diesseits wie jenseits der Grenzen zu schüren. Er war es, der den französischen Heeresetat vor jedem Angriff schützte, er war es auch, der die These von der Sicherheit Frankreichs mit besonderem Nachdruck vertrat und sie durch den Bau eines riesigen Festungsgürtels „befestigte“.

Der „lange Maginot“, wie er in Frankreich wegen seines außerordentlich hohen Wuchses genannt wurde, stand auf dem rechten Flügel der französischen Regierung. Er suchte seine nationalistischen Gefühle nicht einmal zu verdecken. Seine Reden, die politisch oft einen bedenklichen Charakter trugen und verheerende Wirkung auf die deutsch-französischen Beziehungen hatten, zeichneten sich durch große Offenheit und Schärfe aus. Maginot war ein Feind Briands und Freund Lardieus. Er wußte, was er wollte. Auf der Westabstufungskonferenz hätte er eine gewichtige und wahrscheinlich nicht erfreuliche Rolle gespielt. Er leitete die Verhältnisse der französischen Staatsmänner für das Jahr 1932 ein, wie sie Louchet für das Jahr 1931 abgeschlossen hat.

Umbildung der französischen Regierung?

Die Frage des Nachfolgers

Paris, 7. Jan. Angesichts des Todes Maginots und der Erkennung Briands werfen mehrere Blätter die Frage auf, ob Laval nur Maginot durch eine andere Persönlichkeit ersetzen oder dem Präsidenten die Gesamtdemission des Kabinetts anbieten wolle; hierdurch hätte Laval die Möglichkeit, eine Umgestaltung seines Kabinetts vorzunehmen. Sollte nur der Posten Maginots neu besetzt werden, dann käme nach Meinung der Presse nur sein Fraktionsgenosse Babra, Redakteur des „Intransigent“, in Frage. Sollten die Gerüchte zutreffen, daß auch der Posten Briands umsetzt werden soll, so käme hierfür — wie verlautet — Paul Boncour unter Umständen in Frage.

Briand geht voraussichtlich nicht nach Lausanne

Paris, 7. Jan. Briands Befinden soll, wie es heißt, verärgert sein, daß man es fast als bestimmt annimmt, er werde sich nicht zur Konferenz nach Lausanne begeben können. Unter diesen Umständen dürfte die französische Delegation unter Führung von Finanzminister Hlandin, vielleicht mit Unterstützung eines anderen Ministers, gehen. Ministerpräsident Laval wird der Eröffnung der Reparationskonferenz beiwohnen und dann später erst, wenn die Arbeiten ihrem Ende entgegengehen, sich wieder nach Lausanne begeben. Als Datum des Zusammentritts der Reparationskonferenz wird heute der 20. Januar genannt.

Laval will nicht auf die Mitarbeit Briands verzichten

Paris, 7. Januar. Wie die „Agence Havas“ zu wissen glaubt, würde Ministerpräsident Laval, falls Briand aus Gesundheitsrücksichten nicht die Möglichkeit sehen würde, weiterhin das Außenministerium zu behalten, Briand bitten, dem Kabinetts seine Mitarbeit als Staatsminister zu erhalten, um der Regierung auch ferner mit seiner großen Erfahrung zur Seite zu stehen.

Zur Reparationskonferenz

Franszösische Pressestimmen

Paris, 7. Jan. „Echo de Paris“ erklärt, daß sich die bevorstehende Reparationskonferenz den Beschluß der Berliner Bankiers, die kurzfristigen Kredite nur für ein Jahr zu verlängern, zu erschweren müßte. Das Blatt schreibt, die Gläubiger hätten gewisse Forderungen im Rahmen des Vorschlags vorzunehmen, um es so für Deutschland annehmbarer zu machen, als die Regelung im Vertrage von Januar 1920. Solche Abänderungen würden nach einer einjährigen Prüfung vielleicht eine neue Retusche erfahren. Die Sachverständigen des englischen Schatzamtes würden am Freitag in Paris erwartet. Es sei aber festzustellen, daß der Standpunkt des britischen Schatzamtes und der der französischen Regierung von einer Angleichung noch weit entfernt seien. Man beharre darauf, daß Deutschland in seiner letzten Lage mehrere Jahre Ruhe brauche.

„Deure“ erklärt, die Berliner Bankierkonferenz hat nur an einer Verlängerung der einjährigen Kredite gelangen können.

Innenpolitische Initiative Dr. Brüning

Unterredung mit Hitler und den Sozialdemokraten

Unterredung Brüning-Gröner-Hitler

Berlin, 7. Jan. Am Donnerstag wird eine Aussprache

zwischen dem Reichskanzler, dem Reichswehrminister Dr. Gröner und dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, stattfinden, deren Gegenstand im wesentlichen innenpolitische Fragen bilden. Dabei wird voraussichtlich das Verhalten der nationalsozialistischen Partei zur Frage der demnächstigen Reichspräsidentenwahl zur Erörterung gelangen.

Eine weitere Meldung besagt:

Die bevorstehende Besprechung zwischen Reichskanzler Dr. Brüning, Reichswehrminister Dr. Gröner und Adolf Hitler hat Fragen der Reichspräsidentenwahl zum Gegenstand. Die Person des Reichspräsidenten bedeutet, das ist gerade in diesen Tagen bei Gelegenheit der Neujahrsvorrede wieder einmal ganz deutlich geworden, mit das stärkste Motiv, das Deutschland in der Welt besitzt. Eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg würde schon deshalb von großer Bedeutung sein. Es ist nur die Haltung der nationalsozialistischen Partei zu einer dahingehenden Initiative ungeklärt, obwohl in letzter Zeit, je z. B. in Form der Neujahrsglückwünsche Hitlers an den Reichspräsidenten, eine gewisse Bereitschaft zur Anerkennung der erwähnten Tatsache zu erkennen scheint. Da es äußerst wünschenswert wäre, diese Frage schon vor den bevorstehenden internationalen Konferenzen klarzustellen, ist die Besprechung zwischen dem Reichskanzler, dem Reichswehr- und Innenminister und dem Führer der Nationalsozialisten im wesentlichen zu diesem Zweck anberaumt worden.

Hitler und die Reichspräsidentenwahl

München, 7. Jan. Wie die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. mitteilte, hatte Hitler gestern Abend mit dem Reichsinnenminister Gröner und heute Nachmittag mit Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsinnenminister Gröner Besprechungen, deren Gegenstand die Frage der Reichspräsidentenwahl war. Hitler hat sich seine Stellungnahme gegenüber dem Reichskanzler vorbehalten, um vorher den Parteilern der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.

Besprechung Dr. Brüning mit den sozialdemokratischen Führern

Berlin, 7. Januar. Wie wir erfahren, wird Reichskanzler Dr. Brüning heute Abend um 9 Uhr die Führer der Sozialdemokratie, die Abgeordneten Bels und Dr. Breitscheid, empfangen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Besprechungen, die allerdings schon seit einer Reihe von Tagen vorgesehen war, demselben Thema gelten wird, das der Kanzler heute Nachmittag mit Adolf Hitler besprochen hat, nämlich der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg. In so-

weit man zur gegenwärtigen Stunde annehmbare Stabilitätsbedingungen für beide Teile nicht hat abschließen können. Lausanne steht also in Gefahr, nicht einmal so weit gehen zu können, wie man es in Basel getan hat.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ wendet sich scharf gegen eine Uebertragung der Methode der Bankierkonferenz auf die Reparationskonferenz. Das Blatt erhofft von einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems das Wiederaufleben der Wirtschaft sowie eine Einigung Europas gegenüber Amerika. Der Vorschlag sei tot, schreibt „Le Peuple“ und was man auch in Lausanne sagen und tun möge, sicher sei, daß die Reparationszahlungen für mehrere Jahre gestrichen würden. Es wäre grotesk, glauben zu wollen, sie könnten je wieder aufleben.

Eine englische Stimme

London, 7. Jan. „Times“ schreibt, nach Ansicht der britischen Regierung sollte die Lausanner Konferenz zu einer Vereinbarung führen, die zur Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschland führt. Nicht nur des Vertrauens der Deutschen in ihre eigene Lage, sondern auch des Vertrauens der Welt zu Deutschland. Man hofft, einen praktischen Plan zu finden, der dieses Vertrauen wieder herstellt und zugleich den politischen Schwierigkeiten Rechnung trägt. — Ähnlich äußern sich auch die anderen Morgenblätter.

Lesen Sie unsere Zeitung

zialdemokratischen Kreisen geht die Stimmung dahin, daß man grundsätzlich bereit wäre, eine Verlängerung der Amtszeit mitzumachen, und zwar auch dann, wenn die Nationalsozialisten für sie stimmen würden. Zunächst werden die Sozialdemokraten aber freilich wohl erst einmal zu klären versuchen, ob den Nationalsozialisten für ihre Zustimmung irgendwelche Zugeständnisse gemacht werden, und davon wird schließlich die endgültige Haltung der Sozialdemokraten abhängen.

Die Berliner Blätter zur Frage der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 8. Januar. Die Morgenblätter beschäftigen sich alle in großer Aufmachung mit den gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit Adolf Hitler und mit den sozialdemokratischen Führern über die Frage der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg.

Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet die Behauptungen, daß Hitler politische Bedingungen für seine Zustimmung zur Wiederwahl Hindenburgs gestellt habe als unzutreffend. — Der „Vorwärts“, der mitteilt, daß die sozialdemokratischen Vertreter dem Kanzler erklärt hätten, die Entscheidung müsse ihrer Reichstagsfraktion überlassen bleiben, schreibt, nie und nimmer könne die sozialdemokratische Reichstagsfraktion daran denken, ein zwischen der Reichsregierung und der Rechten etwa abgeschlossenes Handelsgeschäft durch ihre Mitwirkung rechtswirksam werden zu lassen. — Das „Berliner Tageblatt“ spricht von „Neuwahl als Geschäft“. — Der „Börsen-Kurier“ beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Haltung der Deutschnationalen, die sich nach Auffassung des Blattes „festbar“ machten. Was werde denn von den Parteien verlangt? Etwa Freigabe ihrer Glaubensbekenntnisse oder Verzicht auf Reichspräsidenten? Sie sollten verhüten helfen, daß Deutschlands Außenpolitik und Wirtschaft im schwierigsten Augenblick durch eine Präsidentschaftswahl zerrüttet werden. In dieser nationalen, völlig parteiunabhängigen Aufgabe seien sie eingeladen. Es scheint, daß gerade in Hitlers Kreis das verstanden worden sei. — Die „Börse“ berichtet, daß Hitler die Zustimmung seiner Partei zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten u. a. auch davon abhängig gemacht habe, daß sich der Kanzler nicht länger weigern solle, die Legalität der NSDAP. in aller Form anzuerkennen. Weiter soll Hitler Garantien für die ordnungsmäßige Ausübung der Preußenwahlen und eine den Wahlergebnissen entsprechende Neubildung der preußischen Regierung verlangt haben. Auch für das Reich dürfe er einen Anspruch auf baldige Neuwahlen angemeldet haben. — Der „Tag“ ist der Auffassung, daß eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten schon deshalb ein Entgegenkommen an den Kanzler bedeute, weil dieses Verlangen ausdrücklich von der Reichsregierung ausgegangen sei. Das Blatt hält es für sicher, daß Vereinbarungen in dieser Frage ohne weiteres die Erfüllung gewisser Bedingungen gegenüber der nationalen Opposition voraussetzten. Es spricht ebenfalls in diesem Zusammenhang von den Preußenwahlen. Bei der Forderung des Kanzlers sei weiter zu bedenken, daß ihre Unterstützung auch eine gewisse Festlegung in außenpolitischen Fragen bedeuten könne. Wenn eine Vereinbarung zustande käme, so könne der Kanzler diese „Einheitsfront“ auch in Lausanne ins Feld führen. Diese Einheitsfront würde Gefahr laufen, in allen ihren Teilen später für die Außenpolitik verantwortlich gemacht zu werden, auch wenn diese Außenpolitik wieder Formen annähme, die sich von der des bisherigen Systems unterscheiden.

Weitere schwere Unwettermeldungen im Reich

Deichbrüche in Schleswig-Holstein

Hamburg, 7. Jan. Der Weststurm und die dauernden Niederschläge haben zu Ueberschwemmungen in der Eidermündung geführt. Beim Orte Rübbel sind die Deiche gebrochen. Rübbel ist vom Wasser vollkommen eingeschlossen. Die Bergbauarbeiten normalisierten sich heute früh besonders schwierig, da die Sichtleitungs gestört worden ist. Auch die Trave ist bei Bad Oldesloe über die Ufer getreten und hat weite Flächen überflutet.

Große Ueberschwemmungen in der Frisnig und Altmarr

Wittenberge, 7. Jan. In den Niederungen der Frisnig und Altmarr ist das Land weit hin überschwemmt. Die Hochwasserhochlage der Elbstrombauernverwaltung kündigt für Wittenberge einen Stand von 4.50 Meter an gegenüber einem normalen Wasserstand von 1.35 Meter. Die Dämme sind über die Ufer getreten und hat zwischen Neustadt und Watterhausen weite Gebiete überschwemmt. Besonders starke Auswirkungen hat das Hochwasser der Seegeel im Inselischen Gebiet in Hannover verursacht. Zwischen Salzwedel und Dammberg ist ein eisiger großer See entstanden. Der Bahndorfer Salzwedel-Deichstelsel wird bereits von beiden Seiten vom Wasser bespült. In Hooversburg ist das Hochwasser in einige Wohnhäuser eingedrungen. Die Deichhallen Kriehsdorf und Rübbel sind vollständig vom Hochwasser eingeschlossen.



5 666 000 Erwerblosse

Berlin, 7. Jan. Wie die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung mitteilt, betrug die Zahl der Arbeitslosen am 31. Dezember 1932 rund 5 666 000. Das ist eine Zunahme von 316 000 gegenüber dem 15. Dezember.

Die Zahl der Unterstüßungsempfänger betrug am 31. Dezember in der Arbeitslosenversicherung rund 1 642 000, in der Krisenfürsorge rund 1 506 000. Von der Gesamtzunahme um rund 214 000 entfielen rund 154 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 60 000 auf die Krisenfürsorge.

Die Lage in Indien

Wieder Verleugnung des Salzmonopols in Indien

Karachi, 6. Jan. Sechs Kongressmitglieder haben an der Konferenz der Arbeitslosenvereine am 31. Dezember 1932 rund 5 666 000. Das ist eine Zunahme von 316 000 gegenüber dem 15. Dezember.

Der indische Konsent englischer Waren

Mumbarad, 6. Jan. Die britishe Stadtverwaltung hat mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, keine britischen Waren zu kaufen.

Die englische Presse zur Lage in Indien

London, 7. Jan. Die Blätter sind einmütig der Ansicht, daß das energische Vorgehen des Vizekönigs gegen den indischen Nationalkongress erfolgreich gewesen ist. Die britischen amtlichen Kreise halten es für fraglich, ob die Kongressführer, die durch die Massenverhaftungen plötzlich ihrer Führung beraubt worden sind, imstande sein werden, planmäßige Kampfmaßnahmen zu organisieren. Man rechnet übrigens damit, daß sich die politisch gemäßigten Kräfte in Indien die gegenwärtig erschlaffte Stellung der extremen Nationalisten zunehmen werden, um in dem Vorbergründ zu treten.

Neues vom Tage

Endgültige Feststellung des Wortlauts der Zinsvereinbarungen

Berlin, 7. Jan. Die Verhandlungen mit den Spitzenverbänden über die Vereinbarung betreffend die Festlegung von Zinsen und Provisionen am Geldmarkt sind so weit gefördert worden, daß in der heute beim Reichskommissar für das Bankwesen abgehaltenen Sitzung der Wortlaut der Abkommen von den Vertretern der beteiligten Spitzenverbände endgültig festgelegt worden ist. Da bei den Verbänden die intern erhobenen Bedenken noch eine abschließende Klärung innerhalb der Verbände notwendig machen, ist der Termin für die Bestätigung der Unterschriften auf Samstag, den 9. Januar 1932 nachmittags verschoben worden. Sollten die Verträge bis zu diesem Zeitpunkt nicht unterschrieben werden, so gelten die Verhandlungen als gescheitert.

Über 70 deutsche Ostotontenfamilien aus Polen ausgewiesen

Danzig, 7. Jan. Mehr als 70 im Korridor wohnhafte Familien die seiner Zeit für Deutschland optiert hatten, erhielten kürzlich von den Verwaltungsbürokraten die Mitteilung, daß sie die Erneuerung der Aufenthaltsgenehmigung verweigert und deshalb Polen zu verlassen hätten, es sei denn, sie holten die Erneuerung nach. Als sich die Ostotanten an die zuständigen Stellen um Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung wandten, wurde ihnen diese jedoch verweigert. Sie müssen nunmehr bis zum 20. Januar Polen verlassen.

Die englische atlantische Flotte durch Sturm am Auslaufen verhindert

London, 7. Jan. Die atlantische Flotte, die gestern zu ihren Frühjahrsmanövern auslaufen sollte, mußte wegen des Sturmes im Hafen bleiben. Die Besatzer, die bereits ausgelassen waren, lebten in den Hafen zurück. Einer von ihnen erlitt eine Verletzung am Steueruder und mußte ins Schlepptau genommen und nach dem Hafen gebracht werden.

Der „Staatssekretär des Kaisers von Abyssinien“

Berlin, 7. Jan. In einer Konfidentiale Antwort wollen, wie der Berliner Lokalanzeiger aus Brüssel meldet, zwei Männer, ein Weiber und ein Regent, einen Reiselich in Höhe von 100 Pfund Sterling einlösen. Da den Beamten der Schatz verdächtig vorkam, riefen sie die Polizei herbei, die aber bei ihrem Erscheinen nur noch den Regent vorfand. Der Weiber war unter Drohungen entflohen. Der Regent erklärte bei seiner Festnahme, er sei der „Staatssekretär des Kaisers von Abyssinien“. Seine Angabe stellte sich aber als glatter Schwindel heraus. Bei einer Selbstuntersuchung wurden 710 gefälschte Reiseschecks über je 100 Pfund bei ihm aufgefunden. Er hatte bereits 23 Automobile und 100 Uniformen erworben, die nach einem Mittelmeerhafen verschifft werden sollten. Nachträglich konnte festgestellt werden, daß der flüchtige Kommissar des Kaisers ein englischer Seemann ist, der zuletzt als Portier in Amsterdom tätig war.

Weineidungsreise gegen Stadtschulrat Rodahl

Berlin, 7. Jan. Gegen den Stadtschulrat Rodahl ist, der „Nachtausgabe“ zufolge, wegen seiner Judenansage im Sklareprozeß beim Oberstaatsanwalt Weineidungsreise erhalten worden. Rodahl hatte vor einigen Wochen im Sklareprozeß ausgesagt, daß er nur einen Mantel, einen Rock und eine Weste für zusammen 600 RM. bestellt und bezahlt habe. Rechtsanwalt Dr. Kuppe hatte darauf Rodahl ein Schreiben des Direktors Würtz vorgelegt, in welchem dieser ehrenwörtlich erklärte, daß Rodahl einen Anzug für 340 RM. bei den Sklarets bestellt und auch bezahlt hätte. Rechtsanwalt Dr. Kuppe stellte ferner unter Beweis, daß Würtz in einer Vorstandssitzung des Deutschen Erbschaftsbeirates bei der Erörterung der Beziehungen Rodahls zu den Sklarets erklärt hätte, daß Rodahl bei seiner Amerikareise, die die Stadt Berlin mit Vöb unternahm, Knapp bei Kasse gewesen sei und ihn Würtz begleiten habe, den Anzug für ihn zu bezahlen.

Macdonald wieder in London

London, 7. Jan. Premierminister Macdonald ist aus Schottland wieder nach London zurückgekehrt. Er wird in den nächsten Tagen Besprechungen mit verschiedenen Ministern und Sachverständigen haben. Sir Frederic Leith-Ross vom Britischen Schatzamt wird, bevor er zur Wiederaufnahme seiner Verhandlungen nach Paris abreist, mit dem Premierminister die ganze Reparationsfrage erörtern.

Aus Stadt und Land

Montag, den 8. Januar 1932.

Von der Deutschen Baugemeinschaft. Gestern abend fand im Gasthof zum „Grünen Baum“ ein Aufklärungs-vortrag über Wesen und Bedeutung der Bausparkasse „Deutsche Bau-Gemeinschaft Leipzig“ statt. Der Besuch der Versammlung war gut. Herr Architekt Walsleben, einer der Gründer der D.B.G., referierte über die Entwicklung und die gegenwärtige Bedeutung des Bausparens im allgemeinen und führte in den Tarif der Deutschen Baugemeinschaft A.-G. ein. Bekanntlich ist die D.B.G. die einzige deutsche Bausparkasse, die ihre unfündbaren Darlehen auf der Grundlage echter Gegenseitigkeit, die jegliche Benachteiligung der Sparer unmöglich macht, zuteilt. Die D.B.G. gehört zu den führenden Bausparstellen des deutschen Reiches und hat in den letzten drei Jahren nicht weniger als 14 Millionen RM. als Darlehen für Neubauten und Hypothekendarlehen an nahezu 1200 Sparer zugeteilt. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache an, in der auf alle Fragen, die aus dem Besucherkreise kamen, ausführlich Auskunft erteilt wurde. Eine weitere glückliche Entwicklung der hiesigen Ortsgruppe ist im Interesse unserer Stadt dringend zu wünschen, denn die soziale Arbeit, die die auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaute Deutsche Baugemeinschaft leistet, kommt nicht allein dem Einzelnen, sondern vielen zugute, da sie durch Hergabe ihrer billigen und unfündbaren Gelder Arbeit und damit Lebensunterhalt für viele schafft.

Die neuen Postgebühren. Im Amtsblatt des Reichspostministeriums ist jetzt die Verordnung zur Änderung der Postordnung veröffentlicht worden, mit der die kürzlich beschlossenen Gebührensenkungen für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete bekanntgegeben werden. Die Ermäßigungen treten am 15. Januar in Kraft. Es werden also künftig erhoben: für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Pfg., über 20 bis 250 Gramm 25 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 40 Pfg.; für Postkarten im Fernverkehr 8 Pfg. Zu den Gebührensätzen für Pakete tritt bei Nichtabholung eine Zustellgebühr von 15 Pfg. hinzu, die auch vom Abnehmer vorausgezahlt werden kann. Der Freimachungszwang für Postpakete wird gleichzeitig aufgehoben, für nicht freigemachte Pakete bis 5 Kilo einschließlich wird neben dem Fehlbetrag ein Gebührensatzschlag von 10 Pfg. nachgehoben.

Wertzeichenumtausch. Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt mit: Vom 15. Januar beträgt die Gebühr für Fernpostkarten 8 Pfg. Bis neue Karten zu 6 Pfg. hergestellt sind, verkauft die Post vom 15. Januar an die bisherigen Karten mit dem 8 Pfg.-Stempel zu 6 Pfg. Wer seinen Vorrat von Karten zu 8 Pfg. bis zum 14. nicht aufbrauchen kann, erhält vor dem 15. Januar auf Wunsch für jede unverdorbene Karte Wertzeichen im Betrage von 8 Pfg. Vom 15. an werden nur noch verdorbene Karten gegen Wertzeichen im Betrage von 6 Pfg. und gegen Zahlung einer Gebühr von 1 Pfg. für das Stück umgetauscht.

Verordnung über die Ausbildung und Prüfung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen. Das Amtsblatt des Kultusministeriums Nr. 19 enthält eine Verordnung über die Ausbildung und Prüfung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen. Die Neufassung der Bestimmungen, die im Jahre 1920 erlassen und nach denen im Laufe der Jahre nahezu 1000 Kindergärtnerinnen ausgebildet und staatlich geprüft worden sind, wurde notwendig durch die Entwicklung auf dem Gebiete des Kindergartenwesens und der Kindergärtnerinnenausbildung, durch das Bedürfnis, auch Bestimmungen für die Ausbildung von Hortnerinnen zu treffen, endlich durch die im Dezember 1930 abgeschlossene Vereinbarung der Länder über die Vorbildung und Ausbildung von Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen. Bei der Neuregelung wurden die Anforderungen des Berufs der Kindergärtnerinnen, besonders auch auf praktischem Gebiet, noch härter herausgearbeitet und durch die Anforderungen für die Tätigkeit als Hortnerin (Erziehung und Beschäftigung von Knaben und Mädchen im schulpflichtigen Alter) ergänzt. Die Kindergärtnerinnenprüfung kann nach wie vor als selbständige Prüfung ohne Hortnerinnenprüfung abgelegt werden, während die Hortnerinnenprüfung die gleichzeitige oder frühere Ablegung der Kindergärtnerinnenprüfung voraussetzt. Die Dauer der Ausbildung beträgt sowohl in Kindergärtnerinnen- als auch in Hortnerinnen- und Hortnerinnenseminaren zwei Jahre. Die Aufnahme setzt ein Alter von mindestens 17 und nicht mehr als 24 Jahren, eine angemessene Schulbildung, gründliche hauswirtschaftliche Kenntnisse, eine gute Gesundheit und Sinn für erzieherische Aufgaben voraus.

Die Waldarbeiter zur Krisenunterstützung zugelassen. Vom Deutschen Landarbeiterverband, Kreisleitung Stuttgart, wird uns geschrieben: Im Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland waren seit der Waldarbeiter nicht in die Krisenfürsorge einbezogen, da das Landesarbeitsamt der Meinung war, daß der Arbeitsmarkt dieser Berufsgruppe nicht so ungünstig gelagert sei, wie derjenige der anderen zur Krisenunterstützung zugelassenen Arbeiter. Nachdem sich die Arbeitsmarktlage in der Forstwirtschaft aber dauernd rapid verschlechterte und durch die lange Arbeitslosigkeit eine große Anzahl Waldarbeiter von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen wurde, sah sich der Deutsche Landarbeiterverband veranlaßt, wiederholt den Antrag wegen Zulassung der Waldarbeiter zur Krisenfürsorge beim Landesarbeitsamt zu stellen. Beim Landesarbeitsamt fanden in dieser Sache nun am 5. 1. 1932 Verhandlungen unter dem Vorsitz von Präsident Kälin statt. An den Verhandlungen nahmen Vertreter der Landarbeitergewerkschaften, der Württ. Forstdirektion und des Waldarbeiterverbandes teil. In diesen Verhandlungen wurde besonders von der Arbeitnehmersseite der Beweis erbracht, daß in der Forstwirtschaft eine „andauernd besonders un-

günstige Arbeitsmarktlage“ (§ 101 A.B.A.G.) sich herausgebildet habe und die sofortige Einbeziehung der Waldarbeiter in die Krisenfürsorge notwendig sei, um der großen Notlage der Waldarbeiter zu steuern. Präsident Kälin setzte auf Grund dieser Aussprache die Zulassung der Waldarbeiter zur Krisenfürsorge auf 15. Januar 1932 fest und zwar soll die Zulassung vorerst bis 2. April 1932 befristet sein. Die Zulassung der Waldarbeiter erfolgt für alle Waldarbeiter im ganzen Bezirk des Landesarbeitsamts. Damit ist endlich dem Verlangen der Waldarbeiterschaft Rechnung getragen und eine große Härte beseitigt worden.

Ebhäusen, 8. Januar. (Kaiser Tod.) Gestern morgen verschied infolge eines Schlaganfalles der in weitem Umkreis bekannte Friedrich Häuser, Mühlenmacher.

Ragold, 6. Januar. Seinen 60. Geburtstag durfte dieser Tage eine in unserer Stadt, dem Bezirk und den angrenzenden Oberämtern wohlbekannte und geschätzte Persönlichkeit feiern. Es ist Dr. med. Ulmer, Chefarzt am Bezirkskrankenhaus Ragold. Seit über 23 Jahren hat er die Leitung des Bezirkskrankenhauses und ist als Chirurg überaus gesucht und geschätzt.

Zweibrücken, 8. Januar. (Vied- und Spiel-Abend.) Die gegenwärtige Notzeit drückt auch den üblichen Weihnachtsfeiern, soweit solche überhaupt stattfinden, ihren Stempel auf. Es wäre dabei zu wünschen, daß dadurch ein wesentlicher Anstoß gegeben würde, die Weihnachtsfeier so umzugestalten, daß sie auch heute wieder Berechtigung erhalte. Dies ist allerdings nur dann der Fall, wenn solche Veranstaltungen nicht leere Unterhaltung bleiben, sondern den ganzen Menschen auch in seinem tieferen Leben aufgreifen und bereichern. Gewiß, damit ist auch an die innere Teilnahme der Gäste eine größere, aber durchaus berechtigte Anforderung gestellt. So gesehen, müßte aber ein solcher dörflicher Vied- und Spiel-Abend für alt und jung ein während der langen Winterzeit willkommenes, aber auch wertvoller „Feierabend“ werden, wo man sich gemeinsam am guten Lied erfreuen oder einem ernstem Spiel vom Weg und Schicksal des Menschen hingeben kann. In diesem Sinn laden der Gesangsverein zu einem schlichten, sonntäglichen „Feierabend“ auf den 10. Januar ein. Wir singen mehrere Volkslieder und führen dann das Spiel vom „Meineldbauer“ (L. Angenruber) auf. Es soll uns das Los eines harten, erdgebundenen Menschen zeigen, der für seine Ziele kein Mittel scheut und aus der einseitigen Liebe zu Weib und Erde seine Mitmenschen in Not und Elend führt, bis er am Ende seines Lebenswegs die Nichtigkeit seines Strebens erkennen muß. Das Stück spielt in den österreichischen Alpen. Diese Bergbauern sind uns aber so vertraut, daß wir ihr Denken und Empfinden ganz verstehen und Freud und Leid recht mitemleben können. Dabei fällt zugleich manch guter Gedanke an Lebensweisheit für den aufmerksamen Zuhörer ab; und das Stück Bauernleben, das sich vor unsern Augen entfaltet, ist in gewissem Sinn Spiegel und Gleichnis. Wir wünschen, daß recht viele in unserem Sinn mitfeiern wollen.

Reinerzau, 7. Januar. (Ertrunken.) Die 58 Jahre alte Babette Fried von hier, welche in Freudenstadt vorübergehend ihren Wohnsitz hatte, kam auf tragliche Weise ums Leben. Sie war am Montagabend mit einem Auto nach Reinerzau gefahren, um an einer Hochzeit teilzunehmen. In Reinerzau hatte sie bei Bekannten in der Bildsäge ein Paket abzugeben. Beim Ueberqueren der Brücke zur Bildsäge kam sie auf dem Glatteis zu Fall, sie lagte später bei ihren Bekannten über Schwindel und Müdigkeit. Beim Heimweg, für den ihr ein Licht angeboten wurde, das sie jedoch nicht mitnahm, ist sie in der Dunkelheit von der Brücke abgekommen und über die Mauer in die kleine Rinne gestürzt. Da ihre Verwandten in Reinerzau keine Kenntnis von ihrer Anwesenheit hatten, wurde sie nicht vermisst. Erst am Dienstag wurde die Leiche im Wasser gefunden.

Herrenberg, 7. Januar. (Weitere Strompreissenkung.) Der Reichskommissar für Preislenkung hat auch den Elektrizitätswerken eine Herabsetzung der Strompreise empfohlen. Die Elektrische Kraftübertragung Herrenberg (E.K.U.) hat auf Grund dieser Anregung ihre Strompreise einer nochmaligen genauen Ueberprüfung unterzogen und kam hierbei zu dem Ergebnis, daß der Mehrzahl der Abnehmer nach der ab Ende Oktober eingetretenen Preisermäßigung eine nochmalige Ermäßigung zugefunden werden kann. Es wurde die Verdoppelung der Zählermiete zum großen Teil wieder aufgehoben und andererseits für die Stromabnehmer über 401 Kilowattstunden im Jahr eine weitere Staffel mit 16 Pfg. eingeschaltet, sodas erst die Abnehmer über 800 Kilowattstunden Jahresverbrauch in den Genuss des 10 Pfg.-Preises kommen. Die neuesten Einheitspreise weisen nun gegenüber den vor dem 1. Oktober 1931 gültigen Strompreisen in der Mehrzahl der Fälle eine Herabsetzung von über 10 Prozent auf.

Tübingen, 5. Januar. (Die Stadt verlangt Vollendung der Chirurgischen Klinik.) Die gestrige Gemeinderatssitzung, in der die auscheidenden Mitglieder verabschiedet und die neuen eingeführt wurden, gab dem Stadtvorstand, Oberbürgermeister Scheef, Veranlassung, einen umfassenden Bericht über die Arbeiten der vergangenen drei Jahre zu geben. Aus ihm ging hervor, welche Fülle von Aufgaben trotz der Schwere der Zeit vom Kollegium bewältigt worden ist. Der Aufschwung der Stadt Tübingen war mit dem der Universität mit bedingt. Die Stadt hat, so betonte Oberbürgermeister Scheef nachdrücklich, dank ihrer finanziellen Opfer, die sie für den Bau der neuen Chirurgischen Klinik bisher bereits gebracht hat, ein Recht darauf, daß die Klinik der Vollendung entgegengeführt wird.

Oberndorf, 7. Januar. (Entlaufen.) Am Freitagabend stellte sich hier ein 13 Jahre alter Knabe ein, der seinen in Rottweil wohnhaften Eltern entlaufen war. Er hatte sich mehrere Tage in den Oberämtern Rottweil und Oberndorf herumgetrieben und vom Bettel ernährt. Die Eltern holten den Jungen wieder ab.

Schwenningen, 6. Januar. (7-8prozentige Gehaltslenkung in der Uhrenindustrie.) Auf Grund der 4. Notverordnung wurden am Montag in Donaueschingen die Gehälter der Uhrenindustrieangestellten einer Neuregelung unterzogen. Die Gehaltsregelung, die sowohl von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite angenommen wurde, entspricht einer Senkung der Gehälter von 7,5 Prozent im Durchschnitt, also von etwa 7-8 Prozent.

Ebingen, 7. Januar. Ein Ebinger Lastwagen, von Enstlatt herkommend, fuhr, anstatt das Gleis beim Bahnhofsübergang zu überqueren, die Böschung beim Bahnübergang



hinunter. Der Lastwagen landete, wie durch ein Wunder, nachdem er sich zweimal überschlagen hatte, wieder in seiner normalen Lage und konnte seine Weiterfahrt fortsetzen. Die Insassen waren mit Schnittwunden und einer gehörigen Portion Schrecken davongekommen.

Stuttgart, 8. Januar. (Tot aufgefunden.) In dem Kesselhaus der Stuttgarter Milchversorgung G.m.b.H. fanden heute früh Arbeiter die Leiche eines Mannes mit einer schweren Kopfwunde. Es handelte sich um den Eisenkonstruktionsmeister Jakob Haller von Schwemningen, der offenbar, bevor die Arbeiter ihren Dienst antraten, im Kesselhaus auf eine Leiter gestiegen und dabei durch Sturz aus sechs Meter Höhe verunglückt war.

Eingaben an den Landtag. In der Zeit vom 10. November bis 17. Dezember sind an den Württ. Landtag 42 Eingaben gerichtet worden. Von den neuen Eingaben sind die meisten persönlicher Natur. Zwei Eingaben gehen vom Württ. Landesheuer aus und betreffen die dortigen Einsparungen. Der Verband württ. Konsumvereine wendet sich gegen die Besteuerung der Konsumgenossenschaften. Eine Eingabe der Landesgruppe Württemberg im Reichsverband praktischer Tierärzte bezieht sich auf die Reform des Veterinärwesens. Die deutsche Seidenbauzentrale in Sindelfingen wünscht einen Staatszuschuß, der Arbeiter-Angelobung und eine Herabsetzung der Gebühren für Angelerlaubnisse. Der Württ. Kriegerbund die Belassung des Hauptversorgungsamts in Württemberg und der Landesauschluß gegen den Alkoholismus sowie der Landesverband der Württ. Bienenwirte die Konzessionspflicht des Flaschenbierhandels. Eine Eingabe des deutschen Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe betrifft die Zentralisierung der Unfallversicherung.

Waiblingen a. N., 7. Jan. (Sturmschäden.) Starke Sturmwind hat in den Waldungen großen Schaden angerichtet. Auch von den übrigen Hildersorten werden Sturmschäden gemeldet.

Ludwigsburg, 7. Jan. (Zum Oberst befördert.) Der Kommandeur des Infanterieregiments 13, Oberstleutnant Hahn in Ludwigsburg, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1932 zum Oberst befördert.

Winnenden, 7. Jan. (Brand.) Mittags brach in der zwischen Brunnen- und Höfenerstraße liegenden Scheuer des Kolgerbers Gottl. Seig Feuer aus. Die Weckerlinie und die Feuerwehr der Heilanstalt bekämpften das Feuer, das in den großen Heuvorräten und den Balken des Dachstuhl reiche Nahrung fand. Von vier Seiten wurden Wasserströme auf den brennenden Dachstuhl geschüttet, wodurch das offene Feuer nach einstündigem Kampf unterdrückt wurde.

Wunderlingen O.A. Ehingen, 7. Jan. (Neue Gemeinderatswahlen.) Von der Nationalsozialistischen Partei wurde gegen die Gemeinderatswahl vom 20. Dezember Einsprache erhoben mit der Begründung, daß 102 Personen abgestimmt haben, während nur 961 Stimmscheine vorhanden waren und daß in der Wählerliste fünf Personen eingetragen waren, die noch nicht ein Jahr in der Gemeinde wohnhaft waren. Der Gemeinderat beschloß, eine neue Wahl vorzunehmen zu lassen und zwar am 31. Jan.

Münzingen, 7. Jan. (Sprungschanze.) Die Einweihung der Münzingen Sprungschanze, die als eine der größten in Württemberg 40-Meter-Sprünge gestattet, ist auf Sonntag, 17. Januar, verschoben worden.

Jagtzell O.A. Ellwangen, 7. Jan. (Gutsverkauf.) Gutbesitzer Karl Schaidle hier hat sein auf den Markungen Kreuthof und Jagtzell gelegenes Hofgut mit ca. 105 Morgen für den Kaufpreis von 30 000 RM. an Hermann Dieh, Kaufmann in Ludwigsburg, und Erwin Stöcker, Tierzuchtinspektor in Ulm, verkauft.

Großfeuer in Hochmöffingen

Hochmöffingen, O.A. Oberndorf, 7. Januar. Heute nacht wurde unsere Gemeinde von einem außerordentlich schweren Brandunglück heimgesucht. Heute früh 2.15 Uhr gellte Feuer alarm durch den Ort, im Nu war der ganze Ort auf den Beinen. Die pechschwarze Nacht und der ungeheuer tobende Südweststurm, der grausig durch die Lüfte toste, ließ Unheilvolles ahnen. Das Feuer nahm seinen Ausgangspunkt an dem Dekonomieanwesen des Landwirts Joseph Ruß bei der Kirche, in unmittelbarer Nähe des bekannten Gasthofs zur „Krone“. Wild schossen die Feuerzungen in die Höhe und der Funkenregen wurde durch den ungeheuer, gleich einer Furie dahinstobenden Südwest-Föhnsturm über die ganze Gemeinde getragen. Im Nu standen weitere benachbarte Häuser in Flammen. Das rasende Element griff rasch auf das Anwesen des Zimmermanns Anton Banfle über und weiter griffen die gierigen Flammen und erschütterten die Gebäude von Elektromonteur Bernhard Digeßer, Kaufmann Joseph Frey und von letzterem noch weitere zwei bis drei kleinere Nebengebäude. Der Gebäudeschaden wird auf etwa 55-60 000 Mark geschätzt. Der Gesamtschaden einschließlich Mobiliar usw. dürfte 100 000 Mark übersteigen.

Vertretertag der Deutsch-Demokratischen Partei

Stuttgart, 6. Jan. Der Landesvorsitzende, Geheimrat Dr. Brudmann wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß es sich bei den künftigen politischen Kämpfen vor allem darum handeln werde, der Gefahr des Radikalismus zu begegnen und eine Katastrophenspolitik zu vermeiden. Generalsekretär Albert Boof besprach die Lage der Demokratischen Partei in Württemberg. Es wurden sodann die Wahlen zum Parteivorstand vor-

genommen. Landtagsabgeordneter Geheimrat Dr. Brudmann-Seilbrunn wurde einstimmig wiederum zum Landesvorsitzenden gewählt. Die Wahl der Stellvertreter des Vorsitzenden fiel wiederum auf Minister Dr. Raier, Abg. Johs. Fischer, Generalsekretär Boof, Obersekretär Weinand und Gewerbeassessorin Krauß. Stadtrat Dr. Haug-Ebinger begründete eine Entschließung seiner Ortsgruppe, die an die württ. Regierung weitergeleitet werden soll und in der u. a. die Einführung der Filialsteuer und die Gleichbehandlung der konsumgenossenschaftlichen Betriebe bei der Steuerlichen Behandlung mit den Privatbetrieben, sowie eine Herabsetzung der Gewerbesteuer um 20 bzw. 25 Prozent gefordert wird. Zur Siedlungsfrage lag der Vertreterversammlung eine Entschließung der Parteileitung vor, worin das Besondere an Siedlungsfragen ausgesprochen wird. In der Art seiner Durchführung seien verschiedene Auffassungen möglich. Die Entschließung weist auch darauf hin, daß die Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens in Württemberg anders gelagert seien als in Norddeutschland und die Partei auch bei diesem Anlaß eine Schematismus ablehne. Dieser Entschließung wurde zugestimmt. Eine von der Ortsgruppe Schramberg der Deutschen Demotr. Partei beantragte Entschließung spricht sich dafür aus, die Frage zu prüfen, ob für die kommende Landtagswahl die bisherige Wahlkreiseinteilung der Partei beibehalten werden solle. In der Aussprache nahm Wirtschaftsminister Dr. Raier zu einer Reihe von Einzelgruppen Stellung, wobei er besonders die Notwendigkeit einer planvollen Mittelstandspolitik betonte. Einem besonders lebhaften Interesse begegneten die Darlegungen des Reichstagsabg. Dr. Heuß über Fragen der Reichspolitik. Mit einem Schlußwort von Abg. Johs. Fischer fand die Vertretertagung ihr Ende.

Die Frankfurter Zeitung meldet, daß insbesondere die Frage der Erneuerung des Wahlbündnisses mit der Volkspartei diskutiert wurde, das bei der letzten Reichstagswahl und an vielen Orten auch bei den Gemeindevahlen eingegangen worden war. Nach den unangünstigen Erfahrungen, die man mit diesem Wahlbündnis gemacht hat, und nach der Annäherung an die radikale Rechte, die die Volkspartei im Reich und zum Teil auch in Württemberg vollzogen hat, zeigte sich der diesmalige Parteitag in seinem Urteil über die Volkspartei stark ernüchtert. Ein die Parteileitung bindender Beschluß wurde nicht gefaßt, doch ging die allgemeine Stimmung dahin, den Wahlgang selbständig zu führen.

Ein Reichsminister will das Alte Schloß besichtigen

Stuttgart, 7. Jan. Mittwoch nachmittag, als es schon zu dümmern anfing, wollte Reichsminister Dr. Dietrich das Alte Schloß mit seinem abgebrannten Teil besichtigen. Er war allein zum Schloß gegangen, wurde aber von den Polizeibeamten, die dort die Absperrung vornehmen, nicht durchgelassen. Erst als er sich zum Ministerium begab und einige Beamte zur Beilegung mitschickte, wurde er durch die Sperre gelassen. Er wurde von Brandingenieur Hammerstein von der Feuerwache 2 im Alten Schloß herumgeführt und kletterte auch die Treittreppe hinauf, weil man dort vom zweiten und dritten Stock den besten Überblick über den zerstörten Schloßflügel hat.

kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Rücktritt des spanischen Botschafters in Berlin. Das Rücktrittsgesuch des spanischen Botschafters in Berlin, Americo Castro Quesada, wurde genehmigt.

Ueberfall auf den rumänischen Ministerpräsidenten. Zwei anscheinend angeheuerte Männer, die mit Messern bewaffnet waren, stellten sich dem Kraftwagen des rumänischen Ministerpräsidenten Jorges in Plojeşti entgegen und versuchten, den Ministerpräsidenten und seinen Chauffeur anzugreifen. Der Chauffeur gab Vollgas und raste mit höchster Geschwindigkeit davon. Kurz darauf wurden die Täter verhaftet. Sie gaben an, nicht gewußt zu haben, daß in dem Auto der Ministerpräsident saß und entschuldigten sich mit ihrer Trunkenheit.

Freispruch in einem Heimwehrputschprozeß. Der Schutzbündler Steinberger, der beschuldigt war, im September vorigen Jahres anlässlich des Heimwehrputsches in Kirchdorf den Heimatschützer Alois Münzer erschossen zu haben, wurde vom Schwurgericht Graz freigesprochen.

Im Abgeordnetenhaus erhängt. Im Abgeordnetenhaus in Paris hat sich am Dienstag der Abgeordnete Barnini aus unbekanntem Grund erhängt. Barnini gehörte der rechtsradikalen Gruppe des Regierungsblochs an.

Suspendierung des Münchener nationalsozialistischen Studentenbundes. Der Senat der Universität München hat, wie die „Münchener Zeitung“ erfährt, den nationalsozialistischen Studentenbund — in der Hauptsache wegen der Vorkommnisse bei den Wahlen — suspendiert.

Lloyd Georges Rückkehr. Lloyd George ist von seiner Reise nach Ceylon zurückgekehrt.

Dortmunds Finanznot. Den städtischen Beamten konnte am 2. Januar erst ein Sechstel des fälligen Monatsgehaltes ausgezahlt werden. Wenn das zweite Sechstel zur Auszahlung gelangt, ist noch ungewiß. Die bedrängte Finanzlage der Stadt ist vor allem auf die starke Steigerung der Wohlfahrtsunterstützung zurückzuführen. In den letzten Tagen sind der Stadt von der Regierung insgesamt 5000 000 RM. überwiesen worden, die aber noch nicht einmal zur Deckung der allernotwendigsten Ausgaben ausreichen. Der Gesamtbedarf für den Monat Januar beträgt rund 6 Millionen RM.

Selbstmord im D-Zug. Bei Ankunft des Berliner D-Zuges wurde in einem Abort des Zuges ein Toter entdeckt. Es handelt sich um den 24jährigen Leipziger Kaufmann Erich Rader, der sich durch einen Schuß ins Herz getötet hatte.

Die Ehefrau vergiftet. Der Metzger Balzer aus Brauweiler bei Bad Kreuznach lebte mit seiner Frau in überaus unglücklicher Ehe. Die Streitigkeiten zwischen den Ehegatten wurden im Laufe der Zeit so heftig, daß die Frau zu ihren Eltern nach Bodenau flüchtete. Raum war sie dort angekommen, als sie auch schon unter heftigen Leidschmerzen zusammenbrach und nach wenigen Minuten starb. Die sterbende Frau konnte noch darauf hinweisen, daß ihr Mann ihr mit Gewalt von ihrer Abreise ein Glas Cognac eingeflüßelt habe. Die Obduktion der Leiche ergab einen starken Arsenidgehalt im Körper. Balzer wurde verhaftet.

Eine Mutter tötet ihre zwei Kinder. Die in Wittenberge mit ihren zwei Kindern, einem 14jährigen Sohn und einer 13jährigen Tochter, bei den Eltern zu Besuch weilende Frau Weislaw aus Altona öffnete die Gashähne ihres

Zimmers, um sich und die Kinder zu töten. Die beiden Kinder sind gestorben, das Befinden der Mutter läßt auch ihren Tod befürchten.

80 000 RM. veruntreut. Ende November wurde der verheiratete, 58jährige Notar Friedrich Karl Bohn von Mainz wegen Veruntreuung von angeblich 30 000 RM. verhaftet, nachdem er vorher einen Selbstmordversuch unternommen hatte. Nach mehrwöchentlicher Prüfung der Bücher konnte schon ein Fehlbetrag von 40 000 RM. festgestellt werden. Die weiteren Feststellungen ergaben nunmehr einen Fehlbetrag von ungefähr 80 000 RM.

Aus dem Gerichtssaal

27 000 Mark verurteilt

Stuttgart, 7. Jan. Mit einem krassen Exzessfall hatte sich das Schöffengericht Stuttgart im Schnellverfahren zu befassen, als der 31 Jahre alte Kaufmann Otto Baumann aus der Untersuchungsanstalt vorkelkürt wurde. Der Angeklagte war im Geschäft eines Stuttgarter Kaufmanns in Barcelona tätig, wo er aber infolge ungenügender Arbeitsleistung entlassen wurde. Nach seiner Entlassung trat er nun im Verlauf der letzten drei Jahre immer wieder an seinen früheren Arbeitgeber heran und erprelte von diesem Summen unter der Drohung, er werde ihn der Steuerbehörde zur Anzeigebringen. Beträge, die sich auf insgesamt 27 000 Mark beliefen. Er hatte es dabei zu einer großen Virtuosität gebracht und herausgefunden, daß sein Chef ein ausländischer Mann ist, der als Ausländer in Spanien einen schweren Stand hat und befürchtet, daß auch bei einer grundlosen Denunziation sein Ruf und Kredit aufs schwerste gefährdet wird. Als der Angeklagte im Dezember v. J. weitere 5000 Mark zu erpressen versuchte, wurde er jedoch abgewiesen, worauf er einen Revolver zog und sein Opfer einschüchtern versuchte. Diesmal rief jedoch der Kaufmann die Polizei zu Hilfe, die den Exzessler, den Sohn angesehener Eltern, dem Gericht überlieferte. Er wurde jetzt zu der Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten verurteilt.

Die Scheckgeschäfte der Sklarets

Berlin, 7. Jan. Im Sklaretsprozeß wurden die Scheckgeschäfte der Sklarets verhandelt. Genau wie bei den Gefälligkeitsschecks ließen sich die Sklarets Schecks in beträchtlicher Höhe, zum Teil verbüchert, von Verwandten und Bekannten ausstellen. Diese Schecks dienten dann der Stadtbank als Unterlage für die gewährten Kredite. So hat ein Feinlosgeschäft derartige Schecks für 4,7 Millionen Mark, ein Geschäftsfreund der Sklarets für 20 Millionen Mark und ein Sklarelangestellter für 85 Millionen Mark ausgestellt. Die Brüder Sklaret erklärten auch heute, daß derartige Schecks nur von Raz getätigt worden sind. Des Sklarets Äußerung: „Ich habe gar nicht gewußt, daß sich Raz auf so viel eingelassen hat. Das ist doch direkt irrsinnig. Vielleicht müßte der Arzt ihn einmal untersuchen, ob er zu der Zeit nicht verrückt war. Raz ist ein guter, anständiger Junge, — er ist doch wie Napoleon voran.“

Was alles in Lübeck möglich war

Lübeck, 6. Jan. Im Lübecker Prozeß kam es zu einer merkwürdigen Ueberrassung. Professor Schürmann hatte sein Gutachten über das Kind Keumer darauf geäußert, daß er Organteile von ihm zur Untersuchung erhalten hätte. Ferner erfuhr man nun durch den Leichendiener, daß noch Organteile mehrerer Kinder in Glasgefäßen vorhanden seien. Schürmann sprach dann noch davon, wie seine Arbeiten in Lübeck durch Dr. o. Braun erschwert waren. Dr. von Braun erklärte auf telephonischen Anruf, er wisse nichts von diesen Leichenteilen und er könne die Herausgabe nicht genehmigen. Der Staatsanwalt begab sich darauf mit dem Leichendiener ins Krankenhaus und holte die Leichenteile von drei Kindern. Bei der Untersuchung der Organteile stellte es sich heraus, daß eine Verwechslung von Leichenteilen vorgenommen war, so daß damit das Gutachten von Professor Schürmann binfällig wurde.

Wo bleiben die Bier-Pfennig-Stücke?

Die Geschichte unseres neuesten Geldstücks, der Bierpfennigmünze, ist noch, bevor noch jemand das erste Stück überhaut zu sehen bekommen hat, recht undurchsichtig geworden. Sie ist zu allem Überflusse noch ein wenig trübselig. Wie langsam die Bürokratie arbeitet, wenn sie sich nicht auf Verordnungen beschränkt, nicht im luftleeren Raum der Paragraphen arbeitet, sondern wenn sie etwas praktisch ausführen, wenn sie Materielles produzieren soll. — So schreibt das „B.Z.“: Das Bierpfennigstück wurde in der Kabinettsordnung vom 8. Dezember beschlossen. Heute, nach fast einem Monat, ist noch kein der Stücke fertig, und das Reichsfinanzministerium gibt die wenig tröstliche Auskunft, es würde Februar werden, bevor der neue Bierpfennig in Umlauf käme. Wieso? Das ist sehr schwer zu erklären. Die Absichten der Kabinettsordnung waren, soweit sie das neue Geldstück angeht, die denkbar besten. Der Preisabbau sollte dadurch gefördert werden, daß die Wertentfaltung statt einer Fünf am Ende der Ziffer nur noch eine Vier hatten. Man hat damals mit Recht gesagt, daß dies ein sehr geringer Preisabbau wäre, aber wenig ist besser als gar nichts, und immerhin wäre das Bierpfennigstück eine wertvolle, preisermäßigende Wirkung zu wirken. Nun ist inzwischen die Arbeit des Preisabbaufinanzkommissars in vollem Gange und mit Vätern und Fischern — um nur vom dringendsten Tagesbedarf zu sprechen — auch schon eine Circaqua erstellt. Das neue Geldstück aber ruht — vermutlich in einer Schublade.

Anfangs ließ sich alles recht gut an. Der Reichsfinanzminister ließ sofort einen Entwurf anfertigen, genehmigte ihn schnellstens und sandte ihn dem Reichsfinanzministerium zu. Der Reichsrat, der bei der Ausprägung mitsprechen hat, schloß in seiner Sitzung vom 19. Dezember fest, daß für zwei Millionen Mark Bierpfennigstücke geprägt werden sollten, und daß die neue Münze zu 96 Teilen aus Kupfer, zu vier Teilen aus Zinn und zu einem Teil aus Zink bestehen sollte. Damit wäre eigentlich sollte man meinen, die Verwaltungsarbeit getan gewesen und die Prägung hätte beginnen können. Aber das sind laienhafte Ansichten. In der Praxis ist es noch nicht so weit. Wie die staatliche Münze erklärt, hat sie bis zum heutigen Tage noch keinen Auftrag erhalten, zu prägen, ja, sie hat noch nicht einmal den Münzentwurf bekommen, um nach ihm die Prägestempel anfertigen zu lassen. Dabei wäre sie durchaus in der Lage, die Prägung innerhalb drei Wochen auszuführen. Nur braucht sie natürlich den Auftrag.

Die Bierpfennigstücke sollten zum Preisabbau zurecht kommen. Rechnet das Finanzministerium damit, daß ihre Herstellung dann noch Zeit hat, mindestens bis zum Februar? Das wollen wir doch nicht hoffen.

Buntes Allerlei

Das Marsgeheimnis vor seiner Lösung?

In Amerika behauptet man, daß im nächsten Jahre die Frage gelöst wird, ob auf dem Mars organisches Leben vorhanden sei. Der berühmte amerikanische Astronom Professor Ritchie, der das größte Fernrohr der Welt konstruiert hat, das sich im Wilson-Observatorium an der Küste Kaliforniens befindet, ist nämlich zur Zeit mit der Konstruktion eines noch größeren Teleskops beschäftigt. Er hofft, mit dessen Hilfe feststellen zu können, ob sich auf dem Planeten Bauten befinden. Wäre dies der Fall, so würde damit erwiesen sein, daß menschenähnliche Wesen den Mars bewohnen. Im Winter 1932 wird der Mars in seiner größten Entfernung von der Erde sein, und diese Periode betrachtet Professor Ritchie als die günstigste Zeit für die Entschlüsselung des großen Geheimnisses. Bereits seit sechs Jahren arbeitet Professor Ritchie an seinem neuen Teleskop, das mit allen Errungenschaften der neuzeitlichen Optik ausgestattet werden soll. Er beschäftigt zahlreiche Photographen der Marsoberfläche zu machen, um die von dem französischen Marsforscher Antoniadis bei früheren Gelegenheiten erzielten Ergebnisse weiter zu verfolgen. Der französische Gelehrte machte die Feststellung, daß auf dem Mars umfangreiche grüne Flächen vorhanden sind, die sich in der Herbstzeit rötlich-braun färben, genau wie unsere Wälder. Daraus zog Professor Ritchie die Schlussfolgerung, daß es ein Pflanzenleben auf dem Mars gebe. Dort, wo Pflanzen zu gedeihen vermögen, besteht aber auch eine Existenzmöglichkeit für Tiere und menschliche Wesen. Professor Ritchie glaubt, mit seinem Teleskop sogar das Problem lösen zu können, ob die Marsbewohner auf einer höheren Intelligenzstufe stehen als die Menschen.

Die älteste Landkarte der Welt

Die Kunst der Herstellung von Landkarten ist über zweieinhalb Jahrtausende alt. Schon 500 v. Chr. sollen die milesischen Gelehrten Anaximander und Aristogones in Metallplatten Bilder der damals bekannten Welt eingegraben haben, die aber verloren gegangen sind. Als älteste bekannte Landkarte galt stets die „tabula Peutingeriana“, benannt nach dem Augsburger Stadtschreiber und berühmten Altertumsforscher Peutinger, der um die Mitte des 16. Jahrhunderts starb. Diese Peutinger-Tafel stammt aus dem 4. Jahrhundert v. Chr. und enthält die Militärstraßen durch den größten Teil des Weströmischen Reiches, ist also weniger eine Landkarte, als eine Straßenaufzeichnung. Eine wirkliche Landkarte, Originalarbeit in Mosaik aus

dem 6. Jahrhundert, fand man zu Anfang des 20. Jahrhunderts in den Bodenresten einer byzantinischen Kirche zu Madaba in Palästina. Der größtenteils wohl erhaltene, und der Rest wurde glücklich restauriert. Die Karte stellt Palästina vom Nil bis zum Oberlauf des Jordan dar, gibt charakteristische, bildliche Beigaben wie Palmengruppen, Schiffe, Fische und enthält zahlreiche für die Ortskunde Palästinas wichtige Namen.

Bedenksamer Fund

Aus Anlaß des Besuches der Ulmer Volkshochschule wurde bei einem Zusammensein im „Hafen“ in Weissenhorn die interessante Mitteilung gemacht, daß vor wenigen Tagen ein Brief gefunden wurde, den der bekannte Freskomaler Konrad Huber, dessen 100. Todestag man im letzten Jahre feierte, an einen Freund geschrieben hat und in dem er die bis auf den heutigen Tag unbekannt gebliebenen Rezepte für die Herstellung der zur Freskomalerei nötigen Farben bekannt gibt. An den alten Gemälden fällt die Frische der Farben auf, die unseren heutigen Malern einfach nicht gelingen will und es ist erfreulich, daß nunmehr durch einen Zufall die Herstellung der geeigneten Farbmischungen wieder bekannt wurde. Besonders auch für die Restaurierung alter Fresken dürfte die Entdeckung von größter Bedeutung sein.

Humor

Im Zeichen des Fortschritts. „Sagen Sie mal, Herr Ober, wie kommt es, daß ich ein Stück Autoreifen in meinem Galosh entdeckte?“ — „Das Pferd wird ja überall vom Auto verdrängt, mein Herr!“

Legte Nachrichten

Ein Wafferschuhwerk bei Oldenburg zerstört. Oldenburg, 7. Januar. Bei Augustsehn in Oldenburg wurde das große Waffenschuhwerk Holzgast von den Wassermassen zerstört. Der Schaden ist noch nicht abzusehen. Auf Monate hinaus wird die Ortschaft Augustsehn von einer Wasserwüste umgeben sein.

Beschlagnahme von Golddevisen

München, 7. Januar. Vor dem Schnellrichter hatte sich wegen eines Vergehens gegen das Devisengesetz heute eine Regierungsrätin zu verantworten, bei der gelegentlich einer Hausdurchsuchung 1500 amerikanische Dollar in Gold und 500 englische Pfund in Gold gefunden und beschlagnahmt worden waren. Die Angeklagte wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die beschlagnahmten Devisen wurden zugunsten des Staates eingezogen.

Dammbruch in den Vereinigten Staaten

Glendora (Mississippi), 7. Januar. Infolge eines Dammbruches am Talahatchie-Fluß wurde 12 000 Hektar Ackerland überschwemmt. Hunderte von Anwohnern sind unter Zurücklassung ihrer Habe und ihres Viehbestandes geflüchtet. Man fürchtet, daß viele Menschen den wütenden Fluten zum Opfer gefallen sind.

Amerikanische Note an China und Japan

Washington, 7. Januar. Außenminister Stimson sandte heute der chinesischen und der japanischen Regierung eine identische Note, deren Wortlaut er den hiesigen Vertretern der Unterzeichner des Neun-Mächte-Vertrages übergab. In der Note heißt es, durch die kürzlichen militärischen Vorgänge um Tschintschau sei der letzte Rest der chinesischen Verwaltungsautorität in der Südmandschurei zerstört. Die amerikanische Regierung könne eine de facto bestehende Lage nicht als eine de jure bestehende betrachten. Sie werde keine Abkommen zwischen den beiden Regierungen anerkennen, welche die vertraglichen Rechte der Vereinigten Staaten in China verletzen. Amerika werde auch kein Abkommen anerkennen, das gegen den Kelloggpaß verstöße. Stimson bemerkte hierzu, Amerika zweifle Japans Vertragsrechte in der Mandschurei nicht an und beabsichtige nicht, sich damit zu befassen. Es wolle sich auch nicht in ein japanisch-chinesisches Abkommen zur Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes einmischen unter zwei Bedingungen: Nichts in einem derartigen Abkommen darf Amerikas Rechte bezüglich der Offenen Tür verletzen. Zweitens darf das Abkommen nicht unter Verletzung der im Kelloggpaß festgelegten Methoden erreicht werden.

Gestorben

Freudenstadt-Langenwald: Johannes Walz, 72 Jahre alt.
Reinertzen: Sabelle Fried, 58 Jahre alt.

Mutmaßliches Wetter für Samstag

Die bei Island aufgetretene Zyklone ist rasch nach dem Festland vorgebrochen. Für Samstag ist immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauß.

Obitizingen O. A. Freudenstadt.

In der Zwangsversteigerung gegen
Konrad Röcker, Baumeister in Reutlingen
findet der auf
Samstag, den 16. Januar 1932, vorm. 10 Uhr
auf das Rathaus in Obitizingen bestimmte Versteigerungstermin von Geb. Nr. 84 und Parg. Nr. 77

nicht statt.

Pfalzgrafenweiler, den 5. Januar 1932.

Kommissär:

Bezirksnotar Helde.

Zwerenberg.

Am Sonntag, den 10. Januar, abends
7 Uhr findet im „Ochsen“
ein Volksliederabend und die Wiederholung von

„Der Meineidbauer“

von L. Anzengruber statt.

Hiezu ladet herzlich ein

der Gesangverein.

Walddorf.

Nächsten Sonntag

große Tanzunterhaltung

im „Adlerhof“. Ausgeführt von der berühmten Hohnlofer
Harmonikakapelle Pforzheim, wozu höflichst einladet

R. Walz.

Bestellungen auf Stroh

nimmt entgegen

M. Schmierle, Altensteig.

Familien- und Abreiß-Kalender

sowie

Herrnhuter Losungskalender

und

Neukirchner Abreißkalender

empfehlen

die W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.

Spielberg.

Dankfagung.



Für die überaus herzliche Teilnahme an dem
Heimgang unsrer lieben Mutter

Elisabeth Kentschler

sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Kentschler.

Zum Sehen geboren - Zum Schauen bestellt!

3 der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereint in 1

Reichhaltiger Inhalt

Über 100 Seiten Umfang

Viele Bilder

Farbenprächtige Kunstblätter

Preis nur 1.50



Ein Jahrgang bringt eine ganze Böhmer- und Silberkammer!

3 bis 4 Romane, über 200 wertvolle Beiträge und Schilderungen aus allen Gebieten, viele Bilder und farbige Kunstblätter

Es gibt keine andere deutsche Zeitschrift von dieser Eigenart, die für den beliebigen billigen Preis von nur M. 1.50 monatlich so ungemein viel bietet!

Gutscheine

An den Verlag Heinrich Brannen, Berlin SW 19

Bitte senden Sie mir kostenlos ein „Türmer“-Probepfeil, 30 Pfennig für Porto füge ich bei.

Ort und Datum:

Name:

Bestellschein

An die Buchhandlung

Ich bitte Sie mir die schöne Zeitschrift „Der Türmer“ zum monatlichen Preis von M. 1.50 zu liefern.

Vertreter

gezeichnet!

Eine Freude für das deutsche Haus!

Zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

Gesucht wird ein gebrauchter

Schindel-Automat

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.



Gaigel- und Tappkarten

empfehlen die W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

Ebhaußen, 7. Januar 1932.

Todes-Anzeige.



Berwandten, Freunden und Bekannten teile ich mit, daß mein lieber Mann, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Karl Friedrich Hauser Mählemacher

heute vormittag unerwartet rasch im Alter von 64 Jahren gestorben ist.

Um stille Teilnahme bittet

die trauernde Gattin:

Katharina Hauser geb. Schill.

Beerdigung Samstag nachmittag 2 Uhr.

Berneck, 8. Januar 1932.

Dankfagung.



Für die überaus große Liebe und Teilnahme, die wir während der langen Krankheit und beim Hinscheiden unsres lieben Vaters

Jakob Wurster

Straßenwart a. D.

erfahren durften, sagen wir allen herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir Herrn Stadtpfarrer Fischer für die trostreichen Worte am Grabe, dem Mann ergesungverein unter Leitung von Herrn Lehrer Zimmermann für den Gesang, dem Kriegerverein und den Straßenwarten des Bezirks für die Kranzwidmung, sowie für die sonstige vielen Kranz- und Blumenspenden und allen, die ihn zur letzten Ruhe begleiteten.

Die trauernden Hinterbliebenen.